Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1424

04. 03. 82

Sachgebiet 806

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 1982

Berufs- und Lebenschancen der Jugend sichern

1. Ausbildungsplatzinitiative aller an der beruflichen Bildung Beteiligten notwendig

1.1 Trendeinbruch 1981 darf nicht Trendwende werden

Im Jahre 1981 hat sich die seit 1976 stetige Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation nicht fortgesetzt. Die Ausbildungsplatzbilanz war zwar im Bundesdurchschnitt gerade noch positiv, aber deutlich ungünstiger als im Vorjahr. Das Angebot überstieg die Nachfrage bundesweit nur noch um 2,4 % (1980 waren es noch 4,1 %). In jedem dritten Arbeitsamtsbezirk war das Angebot kleiner als die Nachfrage. Diese Entwicklung muß alle enttäuschen, die der Fachkräfteausbildung im dualen System auch für die Zukunft ihren hohen Rang erhalten wollen.

1982 werden fast 660 000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchen, das sind rund 31 000 mehr als im Vorjahr. Deshalb werden mehr Ausbildungsplätze gebraucht. Der Trendeinbruch des Jahres 1981 darf nicht zur Trendwende werden. Eine Ausbildungsplatzinitiative 1982 ist notwendig. Daran müssen alle mitwirken, die für die berufliche Bildung Verantwortung tragen.

Eine solide Ausbildung bedeutet für die Jugendlichen die Grundlage für Berufserfolg und ist damit zugleich wesentliche Basis ihrer Zukunftshoffnungen.

Die Ausbildungsplatzsituation ist auch das Ergebnis von Meinungen und Erwartungen. Jugendliche, die ungünstige Chancen für einen Ausbildungsplatz sehen, resignieren eher. Betriebe, die Ausbildungsplatzprobleme im großen und ganzen für gelöst halten, sehen keinen Anlaß, einen besonderen Beitrag zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes zu leisten.

Betriebe und Verwaltungen sollten erkennen, daß auch die kommenden Jahre besondere Ausbildungsanstrengungen erfordern. Ausbildungsinvestitionen sind Langfristinvestitionen, die nicht unmittelbar von der Konjunktur abhängig gemacht werden dürfen. „Wer heute aus Kostengründen Ausbildungsplätze einspart, wird sich auf längere Sicht selbst schaden." Darauf hat Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1981/82 hingewiesen und aufgefordert: „Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß kein Jugendlicher resignieren muß, der eine Ausbildung sucht." Die Gesellschaft werde Schaden nehmen, wenn junge Menschen in ihrem Anspruch auf eine solide Ausbildung — und damit in ihren Zukunftshoffnungen — enttäuscht würden.

1.2 Geburtenstarke Jahrgänge noch mehrere Jahre

Die Herausforderung der geburtenstarken Jahrgänge ist noch nicht gemeistert. Sie besteht noch über Jahre fort. Übersicht 1 zeigt, wie sich die Zahl der Schulabgänger in den kommenden Jahren entwickelt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft — III B 1 — 6551/82 — vom 4. März 1982.

Übersicht 1

Entwicklung der Schulabgängerzahlen

Jahr	Schulabgänger Sekundarstufe I[1])	Hochschulberechtigte[1])	Index 1981 = 100[2])
1980	828 772	199 226	103,5
1981	796 771	226 811	100,0
1982	818 263	256 238	103,0
1983	811 020	281 300	102,5
1984	777 070	280 990	98,4
1985	721 210	276 910	91,6

[1]) 1980 bis 1982: Angaben des Statistischen Bundesamtes; 1983 bis 1985 Vorausschätzungen der Kultusministerkonferenz.

[2]) Schulabgänger der Sekundarstufe I zuzüglich 12 % der Hochschulberechtigten.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird 1982 gegenüber dem Vorjahr ansteigen und danach zunächst nur geringfügig zurückgehen. 1984 dürften die Schulabgängerzahlen immer noch etwa auf der Höhe des Jahres 1977 liegen. Damals wurden vielfältige Initiativen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot allgemein für notwendig gehalten. Noch über mehrere Jahre besteht mithin kein Anlaß für Entwarnungsmeldungen im Hinblick auf die Lehrstellenversorgung. Im Gegenteil: Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, um das erreichte Niveau der Ausbildungsleistung durch immer neue Entscheidungen zugunsten der Berufsausbildung zu erhalten.

Dafür gibt es heute bessere Voraussetzunen als in früheren Jahren. Ein Mangel an Ausbildungsplätzen könnte nicht mit fehlenden Kapazitäten begründet werden. Es gibt erheblich mehr Ausbildungsbetriebe, qualifizierte Ausbilder und Ergänzungsmöglichkeiten in überbetrieblichen Ausbildungsstätten als in früheren Jahren. 1982 absolvieren über 600 000 Jugendliche eine Abschlußprüfung, so daß in größerem Umfang als früher Ausbildungsplätze frei werden, die neu besetzt werden können. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben die Arbeitgeber die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen.

Worauf es ankommt, ist, die vorhandenen Kapazitäten noch stärker zu nutzen und noch mehr ausbildungsfähige Betriebe zur Ausbildung zu motivieren. Allein im Handwerk, in Industrie und Handel gibt es fast 400 000 Ausbildungsbetriebe. Wenn nur jeder zehnte Ausbildungsbetrieb einen zusätzlichen Ausbildungsplatz anbieten würde, gäbe es schon 40 000 Ausbildungsangebote mehr.

Der Wert beruflicher Bildung ist im Bewußtsein der Jugendlichen hoch. Nach Ergebnissen einer Studie der Industrie- und Handelskammer Münster [1]) hatten 66 % der Jugendlichen nach ihrer eigenen Meinung klare Berufsvorstellungen, als sie aus der Schule kamen. Die Berufswünsche orientierten sich weitgehend an den Realisierungsmöglichkeiten in der Region. Sie können deshalb keineswegs als „überzogen" bezeichnet werden. Dennoch ist die Hälfte dieser Jugendlichen auf einen anderen als den ursprünglich gewünschten Beruf ausgewichen, nur ein Drittel der Jugendlichen hat den Berufswunsch verwirklicht. Auf die Frage, warum sich der Berufswunsch nicht realisieren ließ, erklärten 23 % der betroffenen Jugendlichen, daß sie keine Ausbildungsstelle im gewünschten Beruf gefunden hätten. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß das Auseinanderfallen von Berufswunsch und Realisierungsmöglichkeit vielfach zu Ratlosigkeit und Enttäuschung bei den Jugendlichen führe. Dieses Ergebnis bestätigt eine vom Handwerk in Auftrag gegebene Untersuchung [2]), die gerade für Hauptschüler, bei denen Berufswunsch und Realisierungsmöglichkeit auseinanderfallen, von Resignation und Minderwertigkeitsgefühlen bei der Ausbildungsplatzsuche spricht.

Das Gefühl, einen ungewollten Beruf zu erlernen, schaffe nicht nur kurzfristig Unzufriedenheit, berichtet die Studie der Industrie- und Handelskammer Münster, sondern überschatte bei vielen Jugendlichen die gesamte weitere Ausbildung. Nach Abschluß der Berufsausbildung setze sich bei vielen der Eindruck fest, Lebenschancen verpaßt zu haben.

Die Erwartungen, die die Schulabgänger in die Berufsausbildung setzen, sind weitgespannt. Die Jugendlichen erhoffen sich von der Berufsausbildung viele positive Lebens- und Erwerbschancen. Dazu gehören vor allem eine abwechslungsreiche Tätigkeit, eine Ausbildung, die solide fachliche Kenntnisse vermittelt, gute Verdienstmöglichkeiten, ein Beruf mit Zukunft, ein gesicherter Arbeitsplatz.

Diese Ergebnisse machen deutlich, wie wichtig es ist, eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen bereitzustellen, die auch eine Berufswahl ermöglicht.

1.3 Langfristige Nachwuchssicherung

Nach einer Erhebung des Instituts für Mittelstandsforschung in Köln im Jahre 1980 waren 90 % der mittelständischen Betriebe des produzierenden Gewerbes der Meinung, daß — trotz erheblicher Arbeitslosigkeit — ein Mangel an Facharbeitern bestehe. Mehr als die Hälfte der Unternehmen konnte einen Teil der für Facharbeiter vorgesehenen Arbeitsplätze nach eigenen Angaben entweder überhaupt nicht oder aber nur mit Beschäftigten mit geringerer als der gewünschten Qualifikation besetzen. Der Mangel an Fachkräften hatte nach den Angaben der Betriebe nachteilige Auswirkungen: in 70 % der Betriebe verzögerte sich dadurch die Auftragsabwicklung, in 60 % der Fälle konnten vorhandene Fertigungskapazitäten nicht genutzt werden, bei mehr

[1]) Vgl. Industrie- und Handelskammer Münster (Hrsg.): Berufsausbildung — Zukunft durch Qualität, Münster 1981.

[2]) Vgl. Ergebnise der Marplen-Studie in ZdH-Politik Nr. 28/81; 30/81, 31/81.

als der Hälfte der Unternehmen führte der Facharbeitermangel zu spürbaren Umsatzeinbußen [1]).

Nur rund 50 % der Betriebe, denen Facharbeiter fehlten, bilden selbst aus. Weitere 10 % der Betriebe, die Facharbeitermangel beklagten, mindern ihr Qualifikationsdefizit durch Umschulung oder andere Bildungsmaßnahmen. Deshalb müssen mehr Betriebe, die noch nicht ausbilden, für die Berufsausbildung junger Menschen gewonnen werden.

Rund 30 % der ausbildenden mittelständischen Betriebe erklärten, daß Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen in der unbefriedigenden Vorbildung der Jugendlichen begründet seien. Eine Untersuchung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zeigt jedoch, daß die Schule den jungen Menschen in der Regel durchaus angemessen auf eine qualifizierte Berufsausbildung vorbereitet.

Insgesamt bleiben nach einer Modellrechnung heute immer noch rund 11 % der Jugendlichen eines Altersjahrganges ohne Abschluß einer Ausbildung. Ein Teil von ihnen braucht nur einen Ausbildungsplatz, andere brauchen darüber hinausgehende Hilfe und Förderung. Fachkräftemangel erfordert zusätzliche Ausbildungsanstrengungen.

Der Anteil der Jugendlichen eines Altersjahrganges, die einen Ausbildungsvertrag abschließen, ist von rund 50 % im Jahre 1976 auf über 60 % im Jahre 1980 angestiegen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung geht in ihrer Planung davon aus, daß es gelingt, den Jahrgangsanteil der Absolventen einer Berufsausbildung im dualen System in den 80er Jahren noch auszuweiten.

Voraussetzung dafür ist auch, daß die Jugendlichen diesen Bildungsweg annehmen. Dies wird langfristig im wesentlichen von der Attraktivität dieser Ausbildung im Wettbewerb mit anderen Bildungsangeboten abhängen. Für die Wettbewerbsfähigkeit des dualen Systems ist die Ausbildungsqualität von erheblicher Bedeutung. Im Berufsbildungsbericht 1981 [2]) wurden Hinweise gegeben, wie die Qualität der beruflichen Ausbildung weiterentwickelt werden sollte. Der Gesprächskreis Bildungsplanung beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat sich intensiv mit Fragen der Qualitätsverbesserung der beruflichen Bildung befaßt und im Februar 1982 hierzu eine Empfehlung vorgelegt.

1.4 Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung

Die Bundesregierung hat im Januar 1981 den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz — BerBiFG —) eingebracht [3]). In den parlamentarischen Beratungen des Gesetzes wurde auch die bisherige Arbeit des Bundesinstituts für Berufsbildung erörtert. Die Beauftragten der Gewerkschaften und der Arbeitgeber im Institut sowie der Leiter des Instituts haben sich grundsätzlich für die Fortführung der dem Institut 1976 durch das Ausbildungsplatzförderungsgesetz übertragenen und in das neue Gesetz übernommenen Aufgaben und gegen eine Beschränkung des Instituts auf reine Forschungsaufgaben ausgesprochen.

Das Gesetz ist am 1. Januar 1982 in Kraft getreten [4]).

Das Gesetz übernimmt im wesentlichen die Regelungen des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes über Planung und Statistik und über das Bundesinstitut für Berufsbildung. Es stellt damit die jährliche Berufsbildungsberichterstattung sicher, gibt der Berufsbildungsstatistik wieder ihre gesetzliche Grundlage und gewährleistet die Arbeit des Bundesinstituts für Berufsbildung mit der erfolgreichen Zusammenarbeit aller an der beruflichen Bildung Beteiligten in den Gremien des Instituts.

Auf folgende Änderungen gegenüber dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz ist — abgesehen von der nicht wieder aufgenommenen Finanzierungsregelung — hinzuweisen:

— Der Anwendungsbereich des Gesetzes wird ausdrücklich bestimmt (§ 1); er ist identisch mit dem des Berufsbildungsgesetzes.

— Die Berufsbildungsstatistik ist gestrafft und an die Daten angepaßt, die bei den nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen, insbesondere bei den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern, vorhanden sind (§ 5 Abs. 1).

— Das Gesetz weist nunmehr ausdrücklich die Grundsatzberatung der Bundesregierung in Fragen der beruflichen Bildung dem Hauptausschuß zu (§ 8 Abs. 2).

— Die Anhörungsrechte des ehemaligen Bundesausschusses für Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung bei Erlaß von Rechtsverordnungen in der beruflichen Bildung besitzt nunmehr der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung (§ 19 Nr. 1).

— Die Aufgabe, Planung, Errichtung und Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten zu unterstützen, wird dem Bundesinstitut für Berufsbildung befristet bis zum 31. Dezember 1986 zugewiesen (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 22 Abs. 2).

— Das Institut fördert die Bildungstechnologie durch Forschung (§ 6 Abs. 2).

Mit dem Berufsbildungsförderungsgesetz ist erneut eine Grundlage für die Zusammenarbeit aller an der beruflichen Bildung Beteiligten geschaffen. Das Gesetz schafft Voraussetzungen, kann aber konstruktive Kooperation nicht erzwingen. Die an der beruflichen Bildung Beteiligten sind aufgerufen, die Chance zu nutzen.

---

[1]) Vgl. dazu Beiträge zur Mittelstandsforschung: Zum Problem der Facharbeiter in mittelständischen Betrieben des produzierenden Gewerbes, Heft 74, Göttingen 1981.

[2]) Vgl. Berufsbildungsbericht 1981, S. 46 ff.

[3]) Vgl. Berufsbildungsbericht 1981, S. 2.

[4]) Vgl. Bundesgesetzblatt I 1981, S. 1692.

Die Finanzierungsregelung wurde von der Bundesregierung nicht wieder eingebracht. Die Erfordernisse und Möglichkeiten einer finanziellen Förderung der Berufsausbildung in der Zukunft sollen zunächst mit den an der Berufsausbildung Beteiligten erörtert und geprüft werden. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat für die Beratungen im Hauptausschuß dazu Vorarbeiten geleistet.

In einer mit dem Beschluß über das Gesetz gefaßten Entschließung hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt, ihm bis zum Sommer 1982 darzulegen, wie

- hochwertige Ausbildungsplätze künftig in ausreichender Zahl konjunkturunabhängig bereitgestellt werden können,
- dabei gleichzeitig sektorale und regionale Ungleichgewichte auszugleichen sind,
- bei der Ausbildung die Zukunftsaussichten der Berufe stärker beachtet werden können,
- Mädchen, Ausländer, Sonderschüler und Behinderte gleiche Chancen bei der Ausbildung erhalten und
- die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen gesichert werden kann.

1.5 Schwerpunkte der Berichterstattung 1982

Schulische Vorbildung der Auszubildenden

Die schulische Vorbildung der Jugendlichen spielt eine wesentliche, aber nicht allein die ausschlaggebende Rolle für den Ausbildungserfolg. Vorbildungsmängel können während der Berufsausbildung ausgeglichen werden. Dies entläßt jedoch die Schule nicht aus ihrer Verantwortung für eine Vorbildung, auf die Berufsausbildung aufbauen kann.

Das Handwerk ist in den Anforderungen an die schulische Vorbildung offener als andere Ausbildungsbereiche. 68% der Auszubildenden im Handwerk kommen von der Hauptschule, in Industrie und Handel sind dies nur 47%. Die Gruppe der Sonderschüler ist im Handwerk dreimal so groß wie in Industrie und Handel. Abiturienten sind stärker in Industrie und Handel als im Handwerk vertreten.

Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Die Ausbildungsplatzbilanz hat sich in 109 der 142 Arbeitsamtsbezirke verschlechtert. In drei Viertel aller Arbeitsamtsbezirke sind Berufswahlmöglichkeiten und Ausbildungschancen ungünstiger geworden. In 45 Arbeitsamtsbezirken (Vorjahr: 20) lag das Angebot unter der Nachfrage.

Die Arbeitsamtsbezirke Bochum, Gießen, Wetzlar, Bad Kreuznach, Neuwied, Bamberg und Berlin (West) haben unterdurchschnittliche betriebliche sowie berufsschulische Angebote. Außerdem gab es in diesen Arbeitsamtsbezirken überdurchschnittlich viele junge Ausländer im Ausbildungsalter oder aber überdurchschnittlich viele Jungarbeiter bzw. Schüler im Berufsvorbereitungsjahr, also Jugendliche, die nicht unmittelbar nach der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung gegangen sind und deshalb jetzt Ausbildungsplätze brauchen.

In den Arbeitsamtsbezirken Hamburg, Duisburg, Hamm, Krefeld, Oberhausen, Darmstadt, Hanau und Offenbach bleiben die betrieblichen und vollzeitschulischen Ausbildungsangebote an beruflichen Schulen ebenfalls hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Außerdem gibt es in diesen Arbeitsamtsbezirken sowohl überdurchschnittlich viele junge Ausländer wie auch Jungarbeiter bzw. Schüler im Berufsvorbereitungsjahr, so daß hier die Ausbildungsplatzsituation ganz besonders schwierig ist.

Ungelernte haben schlechtere Aufstiegschancen

Keine andere Gruppe der Erwerbstätigen hat schlechtere Aufstiegschancen als die der Ungelernten. Von allen erwerbstätigen Ungelernten, die länger als zehn Jahre im Berufsleben stehen, arbeiten 64% noch in der Ausgangsposition. Nur einer Minderheit der Ungelernten gelang es, bessere Positionen zu erreichen.

Auch für die weitere Berufstätigkeit sehen die Ungelernten geringe Aufstiegschancen: 91% von ihnen sind der Meinung, daß es beruflich nicht aufwärtsgehen wird. Ungelernte führen vorrangig einfache Tätigkeiten u. a. als Lager- oder Transportarbeiter aus.

Für gelernte Facharbeiter sehen die Berufschancen hingegen ganz anders aus: Von je 100 arbeiten nach zehn Jahren Berufsleben 45 als Facharbeiter, 20 als Angestellte/Beamte, 16 als Meister/Techniker, 7 als Selbständige und nur 11 als Un- oder Angelernte. Dies zeigt noch einmal, wie wichtig eine berufliche Ausbildung für die Verwirklichung von Berufs- und Lebenschancen ist[1]).

Ausbildung von jungen Frauen in gewerblich-technischen Berufen

Der Anteil der jungen Frauen in der Berufsausbildung hat sich von 35% im Jahre 1973 auf 38% im Jahre 1980 erhöht. Diese Steigerung ist jedoch immer noch zu gering, um von gleichen Chancen für Frauen in der Berufsausbildung sprechen zu können. Deshalb wurde auch 1981 das Modellprogramm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Erweiterung der Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten von Frauen fortgesetzt.

Die Ausbildung der jungen Frauen in den ausgewählten gewerblich-technischen Ausbildungsberufen verläuft weitgehend reibungslos. Die Zwischenprüfungs- und Abschlußprüfungsergebnisse der jungen Frauen sind fast genau so gut wie die der männlichen Kontrollgruppen. Dies ist angesichts der Tatsache, daß sich rund 95% der Teilnehmerinnen während ihrer Schulzeit an anderen als technischen Berufen orientiert haben, ein ermutigendes Ergebnis.

Knapp 200 der etwa 1 100 Teilnehmerinnen haben bereits im Sommer 1981 ihre gewerblich-technische Berufsausbildung erfolgreich beendet. Von ihnen habe alle, die dies wünschten, einen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz als Facharbeiterin erhalten. Rund 20% der jungen Frauen haben im Anschluß an

---

[1]) Vgl. dazu Berufsbildungsbericht 1981, S. 42 ff.

die erste Ausbildung entweder eine Weiterbildung oder eine zweite Ausbildung aufgenommen. Einige wenige sind noch nicht erwerbstätig.

Neue Ausbildungsordnungen verbessern Berufsausbildung

Im Jahre 1981 wurden 15 Ausbildungsordnungen erlassen: Verlagskaufmann/Verlagskauffrau; Fotograf/Fotografin; Fotolaborant/Fotolaborantin; Destillateur/Destillateurin; Kunststoff- und Schwergewebekonfektionär/Kunststoff- und Schwergewebekonfektionärin; Brenner/Brennerin; Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft/Kauffrau in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft; Vulkaniseur/Vulkaniseurin; Meß- und Regelmechaniker/Meß- und Regelmechanikerin; Dachdecker; Reprograph/Reprographin; Pelzveredler/Pelzveredlerin; Textilreiniger/Textilreinigerin; Gerber/Gerberin; Brauer und Mälzer/Brauerin und Mälzerin.

Seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes sind auf der Grundlage dieses Gesetzes bzw. der Handwerksordnung insgesamt 112 Ausbildungsordnungen für 146 Ausbildungsberufe mit über 800 000 Auszubildenden erlassen worden. Diese 146 neuen bzw. neugeregelten Ausbildungsberufe treten an die Stelle von 204 alten Ausbildungsberufen. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 446 anerkannte Ausbildungsberufe. Die Neuordnung der industriellen Metallberufe, in denen sich rund 140 000 Auszubildende befinden, ging 1981 weiter. Zur Zeit wird der gegenwärtige Ausbildungsstand in den Betrieben erhoben und ausgewertet. Auf der Basis dieser Analyse sollen dann die Struktur der Ausbildungsberufe, die Berufsbezeichnungen und die jeweiligen Ausbildungsdauern festgelegt werden. Die metall-handwerklichen Berufe werden mitbehandelt.

Die Neuordnung der Ausbildung im Einzelhandel, in der sich rund 150 000 Auszubildende befinden, geriet ins Stocken, weil die Sozialparteien keine Einigung über die Eckwerte einer neuen Ausbildung erreichen konnten.

Ausbilder sind besser vorbereitet auf ihre Aufgaben

In den letzten Jahren wurden im Bereich Industrie und Handel insgesamt rund 350 000 Ausbilder als berufs- und arbeitspädagogisch geeignet anerkannt; wobei 132 000 Personen Prüfungen nach der Ausbildereignungsverordnung abgelegt haben. Die übrigen haben den Nachweis auf andere Weise erbracht oder sind auf Grund ihrer Ausbildungserfahrung von einer formalen Prüfung befreit worden.

Finanzielle Förderung der beruflichen Bildung fortgesetzt

Die berufliche Bildung wurde auch 1981 von Bund, Ländern und Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit in starkem Maße gefördert: Vom Bund wurden 1981 ca. 1,1 Mrd. DM, von den Ländern ca. 750 Mio. DM im Rahmen ihrer Sonderprogramme zur Verfügung gestellt. Die Bundesanstalt für Arbeit stellte für die individuelle und die institutionelle Förderung der beruflichen Bildung insgesamt ca. 3,8 Mrd. DM bereit.

Ausbildungsbegleitende Leistungsfeststellung: Deutsch-französisches Modellprojekt

Ob und inwieweit Zwischen- und Abschlußprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen durch ausbildungsbegleitende Leistungsnachweise ersetzt werden können, wurde im Rahmen eines deutsch-französischen Modells zur Entwicklung und Erprobung eines Systems laufender ausbildungsbegleitender Leistungsnachweise (contrôle continu) untersucht, woran 12 Betriebe und 9 Schulen, in den Berufen Betriebsschlosser/Betriebsschlosserin, Elektroinstallateur/Elektroinstallateurin, Maschinenschlosser/Maschinenschlosserin; Hochbaufacharbeiter und Maurer mit rund 800 Jugendlichen beteiligt waren.

Bei der Durchführung der Ausbildung nach dem System contrôle continu wurden von den Teilnehmern folgende Vorteile dieses Systems herausgestellt:

— Die Beurteilung berücksichtigt weit mehr Inhalte, als dies in einer punktuellen Prüfung üblich und möglich ist.

— Die Beurteilung ist vergleichsweise komplex, weil die Bewertung von Fertigkeiten und Kenntnissen Beurteilungen der Arbeitsweise enthalten wie Verstehen, Konzentrieren, Geschicklichkeit und Ausdruck.

— Ferner ist die Beurteilung vergleichsweise stärker am tatsächlichen Ausbildungsablauf orientiert, während sich eine punktuelle Abschlußprüfung auf die in der Prüfungssituation erfaßbaren Fertigkeiten und Kenntnisse beschränken muß.

Ergebnis war allerdings auch, daß in inspektions-, wartungs- und reparaturorientierten Berufen sowie der Ausbildung auf Baustellen bei Anwendung von „Contrôle continu" Schwierigkeiten auftraten. Die Bauberufe schieden deshalb relativ bald aus dem Modellprojekt aus.

Die Ergebnisse des Modellprojekts sollen im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung beraten werden.

Behinderte Jugendliche noch zuwenig in Ausbildung

Die Art und Schwere der Behinderung hat großen Einfluß auf die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten dieser Gruppe. 1980 waren rund 14 000 Behinderte in betrieblicher Ausbildung. Hinzu kommen etwa 9 000 Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche in Berufsbildungswerken und vergleichbaren Rehabilitationseinrichtungen. Beide Zahlen zusammengenommen (23 000) zeigen, daß nur rund 1,3 % aller Ausbildungsverhältnisse mit Behinderten eingegangen werden.

Die Gesamtzahl der Betriebe, die gegenwärtig behinderte Jugendliche ausbilden, liegt bei 10 500. Das sind nur etwa 2 % aller Ausbildungsbetriebe. Hierbei handelt es sich in aller Regel nicht um Betriebe, die über besondere Ausbildungsmöglichkeiten für Behinderte verfügen. Die Mehrzahl der behinderten Jugendlichen wird im Handwerk ausgebildet. Deshalb sind gerade im Bereich von Industrie und Handel weitere Ausbildungsanstrengungen für Behinderte notwendig. 70 % der Behinderten in betriebli-

cher Ausbildung sind männlich, nur 30% sind Frauen.

Ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung

Fast 320 000 Ausländer im Alter zwischen 15 und 20 Jahren lebten 1980 in der Bundesrepublik Deutschland.

1980 waren 36 500 ausländische Jugendliche in beruflicher Ausbildung. Gegenüber dem Vorjahr nahm diese Zahl zwar um 5 800 oder 19% zu; im Vergleich zu den Ausbildungsanteilen der deutschen Jugendlichen sind die der Ausländer jedoch immer noch zu gering. Knapp die Hälfte der männlichen Ausländer wurde im verarbeitenden Gewerbe ausgebildet. An zweiter Stelle rangiert eine Ausbildung im Baugewerbe.

Die Anzahl der ausländischen Schüler an beruflichen Schulen ist im Schuljahr 1980/81 um 26 400 auf 101 100 gestiegen. Mit 35,4% ist dies die höchste Zuwachsquote innerhalb eines Jahres, die vor allem auf den starken Anstieg bei den Berufsschülern und den Teilnehmern am Berufsvorbereitungsjahr zurückzuführen ist. Allerdings besuchen lediglich 43% der ausländischen Wohnbevölkerung in der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen eine berufliche Schule. Geht man davon aus, daß nur ein relativ geringer Anteil dieser Altersgruppe eine weiterführende allgemeinbildende Schule besucht, dann wird deutlich, daß immer noch ca. 40% der berufsschulpflichtigen Ausländer ihrer Schulpflicht nicht nachkommen.

Sehr viele der 15- bis unter 20jährigen ausländischen Jugendlichen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, reisten erst in einem Alter ein, in dem sie nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterlagen. 55 000 Jugendliche dieser Altersgruppe hielten sich am 30. September 1980 weniger als ein Jahr in der Bundesrepublik Deutschland auf. Weitere 74 300 Jugendliche zogen in den letzten ein bis vier Jahren zu. Von der überwiegenden Mehrheit dieser „Späteinsteiger" (insgesamt ca. 130 000 Personen) kann angenommen werden, daß sie weder einen deutschen oder ihm entsprechenden Schulabschluß noch ausreichende Deutschkenntnisse für eine Berufsausbildung vorzuweisen haben.

15 000 Jugendliche wurden in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE) aufgenommen.

Die vielfach verbreitete Auffassung, daß ausländische Jugendliche in der Regel an einer Ausbildung wenig interessiert seien, wird durch Befragungsergebnisse des Bundesinstituts für Berufsbildung nicht bestätigt. Als größtes Hindernis bei der Ausbildung werden von den Jugendlichen die Sprachschwierigkeiten genannt, danach der fehlende Schulabschluß sowie ungenügende Informationen. Einhellig wird von den ausländischen Jugendlichen die Auffassung vertreten, daß Ausländer bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz benachteiligt sind.

Vorbereitung des Berufsbildungsberichts

Wesentliche Beiträge zum Berufsbildungsbericht 1982 wurden vom Bundesinstitut für Berufsbildung geleistet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit trug weitere Forschungsergebnisse bei.

2. Angebot von und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen sind Ergebnisse vieler einzelner Entscheidungen für die Ausbildung. In den Abgrenzungen des Berufsbildungsförderungsgesetzes umfaßt die Nachfrage die Anzahl der am 30. September bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, noch nicht in Ausbildungsplätze vermittelten Bewerber und die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Das Angebot umfaßt nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz die Zahl der am 30. September bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsplätze und die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Diese Begriffsbestimmungen, die auch in den vorangehenden Berufsbildungsberichten verwendet wurden, orientieren sich am Maßstab der statistischen Nachprüfbarkeit. Es gibt Nachfrage und Angebote bei Ausbildungsplätzen, die in diesen Abgrenzungen nicht erfaßt werden. Es gibt auch einen Bedarf an Ausbildungsplätzen, der weder statistisch nachweisbar noch tatsächlich bereits vorhanden ist, sondern erst als Nachfrage geweckt werden muß: Ausbildungswille und Ausbildungsbereitschaft von Jugendlichen, die bisher noch nicht für eine Ausbildung gewonnen werden konnten, müssen bestärkt werden.

2.1 Ausbildungssituation 1981

Nachfrage

1981 betrug die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen 627 492, das waren 6,0% weniger als 1980 und rund 27 500 weniger als im Berufsbildungsbericht 1981 vorausgeschätzt. Die Vorausschätzung stützte sich auf eine Prognose der Schulabgängerzahlen und Annahmen über das Verhalten der Schulabgänger.

1981 verließen rund 797 000 Schulabgänger die Sekundarstufe I. Insgesamt betrug der Rückgang der Schulabgängerzahlen von 1980 auf 1981 nach den neuesten Angaben der Kultusministerien [1]), die von der Kultusministerkonferenz zusammengestellt wurden, 32 001 entsprechend 3,9% (vgl. Übersicht 1).

Der Berufsbildungsbericht 1981 wies demgegenüber auf der Grundlage früherer Angaben der gleichen Stellen einen Rückgang um nur 16 400 aus. Da erfahrungsgemäß etwa 60% der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I unmittelbar in die Berufsausbildung im dualen System eintreten wollen, dürfte als Ergebnis der Korrektur der Schulabgänger-Schätzung von einer um etwa 9 000 geringeren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für 1981 auszugehen sein,

[1]) Für Nordrhein-Westfalen: Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik.

als im Berufsbildungsbericht 1981 angenommen worden war.

Weitere knapp 20 000 Jugendliche, entsprechend gut 2% der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I, haben sich 1981 im Hinblick auf ihren weiteren Bildungsweg offenbar anders entschieden, als zunächst aufgrund der vorliegenden Erfahrungen aus den vergangenen Jahren angenommen worden war.

Das Verhalten der Jugendlichen ist von vielfältigen Einflüssen abhängig. Von besonderem Gewicht sind dabei die Bildungsangebote, die regional unterschiedlich ausgeprägt sind.

So wurde in Nordrhein-Westfalen 1981 die Einführung des 10. Plfichtschuljahres abgeschlossen, die zu einer Verringerung der Ausbildungsplatznachfrage führte. 1982 wird dementsprechend die Ausbildungsplatznachfrage in Nordrhein-Westfalen stark anwachsen (vgl. Abschnitt 2.2).

Der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluß an allen Schulabsolventen reicht von 22% in Berlin bis zu 45% in Bayern und Rheinland-Pfalz bei einem Durchschnittswert für das Bundesgebiet von 34%. Die Vorbildung der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung beginnen wollen, ist mithin in den Ländern recht unterschiedlich.

Das schulische Berufsgrundbildungsjahr wird in den Ländern in unterschiedlichem Umfange eingeführt. Ähnliches gilt für den — in den Ländern unterschiedlichen — Ausbaustand anderer beruflicher Vollzeitschulen. Allein in Niedersachsen hat die Anzahl der Schüler im schulischen Berufsgrundbildungsjahr im Schuljahr 1981/82 um etwa 7 000 zugenommen. Diese Jugendlichen streben ein Jahr später einen Ausbildungsvertrag an.

Unterschiedlich ist in den einzelnen Ländern auch der Besuch der allgemeinbildenden Schulen der Oberstufe.

Auf das Verhalten der Jugendlichen wirken auch Umfang und Vielfalt des Ausbildungsplatzangebotes ein. Das Ausbildungsplatzangebot in den Regionen ist auch abhängig von der jeweiligen Wirtschaftsstruktur nach Branchen, Betriebsgrößen und Wirtschaftszweigen. Oft sind Ausbildungsplatzangebote auch erst Ergebnis einer für die Betriebe erkennbaren, realen Nachfrage von Jugendlichen, die ihren Ausbildungswunsch anmelden.

Aus nahezu allen Ländern wird berichtet, daß die Anzahl der Schüler an beruflichen Vollzeitschulen im Schuljahr 1981/82 über Erwarten zugenommen habe. Statistiken über diese Entwicklung liegen erst etwa nach Ablauf eines Jahres vor. Erst dann kann genauer untersucht werden, ob dieser Zuwachs eher als Ergebnis einer Reaktion auf eine Knappheit an Ausbildungsplätzen zu erklären ist oder ob andere Gründe stärkeren Einfluß hatten.

Derzeit spricht alles dafür, daß nach wie vor der überwiegende Teil der Schüler an beruflichen Vollzeitschulen später einen Ausbildungsplatz im dualen System sucht.

Diese Einschätzung wird gestützt durch die Tatsache, daß auch 1981 die Anzahl der Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer weiter angestiegen ist (+3,7%), sowie durch die Ergebnisse der Schülerbefragungen: Bereits in den vergangenen Jahren war der Anteil der Jugendlichen fortlaufend angewachsen, die nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen zunächst eine berufliche Vollzeitschule besuchten und erst dann eine Berufsausbildung begannen. Insgesamt führt diese Entwicklung dazu, daß ein Teil der Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen erst mit Zeitverzug Ausbildungsplätze sucht.

Die Entwicklung der Studienneigung, wie sie sich in den Abiturientenbefragungen niederschlägt, die etwa stärker als erwartet wachsenden Studienanfängerzahlen sowie die Skepsis mancher Ausbildungsbetriebe gegenüber einer Ausbildung von Abiturienten, die später doch studieren, bieten derzeit keinen Anlaß, die ohnehin vorsichtige Einschätzung der Abiturientennachfrage nach Ausbildungsplätzen in den früheren Berufsbildungsberichten für 1982 zu korrigieren.

Angebot

Das Angebot an Ausbildungsplätzen betrug 642 700, das waren 7,5% weniger als imVorjahr. Mithin lag das Angebot an Ausbildungsplätzen um 15 208 oder 2,4% (Vorjahr 27 250 entsprechend 4,1%) über der Nachfrage (vgl. Übersicht 2). Der Rückgang des Angebotes war deutlich größer als der Rückgang der Nachfrage. In 6 der 11 Länder war die Nachfrage größer als das Angebot an Ausbildungsplätzen. Im Vorjahr war das nur in 3 der 11 Länder, nämlich in den Stadtstaaten, der Fall. Hinzugekommen sind die Länder Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen.

Ausbildungsverträge

Insgesamt wurden 605 352 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, das waren 44 637 oder 6,9% weniger als im Vorjahr (vgl. Übersicht 2). Die zuständigen Stellen haben diese Daten dankenswerterweise auch 1981 zur Verfügung gestellt, obwohl eine gesetzliche Verpflichtung dazu in diesem Jahr nicht bestand. Die Kontinuität der Berichterstattung über die Ausbildungsplatzsituation ist damit gewahrt.

Der Rückgang der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge war größer als der Rückgang der Nachfrage. Auch der Vergleich der Rückgänge bei den Zahlen der Ausbildungsverträge (rund 45 000) und der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I (rund 32 000) zeigt, daß für die Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation im Jahre 1981 nicht durchweg Nachfragemangel ausschlaggebend war.

Besonders stark hat die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Einzelhandel (−14,5%) und im Baubereich (−8,9%) abgenommen. Auch im Handwerk waren erhebliche Rückgänge (Zentralheizungs- und Lüftungsbauer −14,4%; Gas- und Wasserinstallateur −12,1%; Kraftfahrzeugmechaniker −10,7%) zu verzeichnen.

Übersicht 2

Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen 1976 bis 1981 (jeweils zum 30. September)

Jahr	Neu-abgeschlossene Ausbildungsverträge (1)	Unbesetzte Ausbildungsstellen (2)	Unvermittelte Bewerber (3)	Angebot an Ausbildungsplätzen (4)=(1)+(2)	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (5)=(1)+(3)	Angebotsüberhang (6)=(2)+(3)
1976	499 000	18 100	27 700	517 100	526 700	− 9 600=−*1,9* %
1977	558 000	25 500	27 000	583 500	585 000	− 1 500=−*0,3* %
1978	599 400	22 300	26 400	621 600	625 800	− 4 100=−*0,7* %
1979	640 256	36 940	20 155	677 287	660 452	+16 785=+*2,5* %
1980	649 989 [1])	44 616 [2])	17 346 [2])	694 605	667 355	+27 250=+*4,1* %
1981	605 352	37 348	22 140	642 700	627 492	+15 208=+*2,4* %

Vgl. Berufsbildungsbericht 1981, Übersicht 1, Seite 5.

[1]) Wegen Berichtigung der Meldung der Handwerkskammer Mannheim gegenüber Berufsbildungsbericht 1981 korrigierter Wert.

[2]) Endgültiges Ergebnis der Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; gegenüber Berufsbildungsbericht 1981 korrigierter Wert.

Quelle: Erhebung zum 30. September, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

Einem überdurchschnittlichen Rückgang der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den großen Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk stand ein unterdurchschnittlicher Rückgang im Bereich Landwirtschaft sowie ein Zuwachs beim öffentlichen Dienst sowie bei den Sonstigen gegenüber (vgl. Übersicht 3).

Übersicht 3

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1981 nach Ausbildungsbereichen (Veränderung zu 1980)

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Verträge Anzahl	Veränderung zu 1980	
		Anzahl	%
Industrie und Handel	286 006	−25 972	−*8,3*
Handwerk	220 137	−19 035	−*8,0*
Öffentlicher Dienst [1])	20 907	+ 499	+*2,4*
Landwirtschaft	20 271	− 493	−*2,4*
Sonstige [2])	58 031	+ 364	+*0,6*
Alle Ausbildungsbereiche	605 352	−44 637	−*6,9*

Vgl. Berufsbildungsbericht 1981, Übersicht 2, Seite 5.

[1]) Ohne diejenigen Auszubildenden des öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz bei zuständigen Stellen außerhalb des öffentlichen Dienstes registriert werden.

[2]) Freie Berufe, Hauswirtschaft und Seeschiffahrt.

Quelle: Erhebung zum 30. September

Berufsberatung

Bis zum 30. September 1981 waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 498 738 Berufsausbildungsstellen gemeldet, das entspricht einer Abnahme um 0,6% gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Bewerber um Berufsausbildungsstellen lag bei insgesamt 443 346 und war damit weiter rückläufig. Der Rückgang betrug 15 954 Bewerber entsprechend 3,5%. Die Anzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber ging allerdings erheblich weniger zurück als die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in der gesetzlich festgelegten Abgrenzung. Zum Jahresende 1981 waren bei den Arbeitsämtern rund 17% mehr Bewerber gemeldet als im Vorjahr.

Die Arbeitsämter werden von den Jugendlichen in unterschiedlichem Maße bei der Suche nach Ausbildungsplätzen eingeschaltet. Im Bundesdurchschnitt

betrug die Einschaltquote bei der Nachfrage 71%. Sie ist damit — entgegen dem Trend der vergangenen Jahre — angestiegen (1978: 74%, 1979: 72%, 1980: 68%).

Auch die Betriebe meldeten nicht alle Ausbildungsplätze, die sie besetzen wollten, den Arbeitsämtern. Die Einschaltquote beim Angebot an Ausbildungsplätzen bei den Arbeitsämtern betrug 1981 rund 78% gegenüber 72% im Vorjahr. Die Einschaltquote der Arbeitsämter beim Angebot an Ausbildungsplätzen ist mithin auch 1981 wieder deutlich gewachsen.

37 348 Berufsausbildungsstellen, die den Arbeitsämtern gemeldet wurden, waren am 30. September 1981 noch unbesetzt. Zum gleichen Zeitpunkt waren als unversorgte Bewerber um Ausbildungsplätze bei den Arbeitsämtern noch 22 140 Jugendliche registriert. Rund 60% der unversorgten Bewerber waren Mädchen. Nur 10% der Jugendlichen haben keinen schulischen Abschluß. Die Anzahl der Jugendlichen, die für das laufende Ausbildungsjahr über die Arbeitsämter einen Ausbildungsplatz suchten, reduzierte sich bis zum 31. Dezember 1981 auf 15 945, das waren rund 4 106 mehr als im Vorjahr.

Regionale Besonderheiten

Die Ausbildungsplatzsituation 1981 ist keineswegs allein durch die Einführung des 10. Schuljahres in Nordrhein-Westfalen geprägt. Die Ausbildungsbilanz ist in allen Ländern außer Nordrhein-Westfalen ungünstiger geworden (vgl. Übersicht 4).

Übersicht 4

Ausbildungsplatzsituation 1981
(Nordrhein-Westfalen und übriges Bundesgebiet)

	1980	1981	Veränderung	
			absolut	%
Nordrhein-Westfalen				
Angebot	183 722	161 591	−22 131	*−12,0*
Nachfrage	181 475	159 335	−22 140	*−12,2*
Angebotsüberhang	*+1,2 %*	*+1,4 %*	–	–
Verträge	177 371	153 831	−23 540	*−13,3*
Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) ohne Nordrhein-Westfalen				
Angebot	510 883	481 109	−29 774	*−5,8*
Nachfrage	485 860	468 157	−17 703	*−3,6*
Angebotsüberhang	*+5,1 %*	*+2,8 %*	–	–
Verträge	472 618	451 521	−21 097	*−4,5*

Der Rückgang der Anzahl der neuen Ausbildungsverträge im Handwerk war stärker durch die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen mit −18,9% (gegenüber −8,0% im übrigen Bundesgebiet) geprägt als im Ausbildungsbereich Industrie und Handel. Der Rückgang in Nordrhein-Westfalen betrug hier −13,3% (im übrigen Bundesgebiet −8,3%).

2.2 Voraussichtliche Entwicklung 1982

1982 sind erhebliche Anstrengungen notwendig, damit eine hinreichende Zahl von Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen bereitgestellt und der Fachkräfte-Nachwuchs gesichert wird. Die Anzahl der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I wird deutlich größer sein als 1981 und nur um gut 1% unter dem Wert des Jahres 1980 liegen (vgl. Übersicht 1). Die Ausbildungsplatznachfrage bleibt damit insgesamt auf hohem Niveau. Sie wird gegenüber 1981 steigen. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist mit einem Anwachsen der Schulabgängerzahlen aus dem Sekundarbereich I (um fast 16%) zu rechnen. Auch in Bremen und Baden-Württemberg dürften die Schulabgängerzahlen aus dem Sekundarbereich I noch zunehmen. In den anderen Ländern ist mit geringfügigen Abnahmen zu rechnen. Auch in diesen Ländern bleibt allerdings die Nachfrage auf einer Höhe, die besondere Anstrengungen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot erforderlich macht. Die Nachfrage von Berufsgrundschülern oder Jugendlichen, die der Berufsausbildung im dualen System — aus welchen Gründen auch immer — eine schulische berufliche Bildung vorgeschaltet haben, ist außerdem zu berücksichtigen.

Die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden wird für das Jahr 1982 auf knapp 660 000 vorausgeschätzt. Das sind rund 31 000 Ausbildungsplatzsuchende entsprechend fast 5% mehr als 1981. Diese für das Bundesgebiet insgesamt vorausgeschätzte durchschnittliche Zunahme der Ausbildungsplatznachfrage dürfte in den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland unterschritten, in Nordrhein-Westfalen deutlich überschritten werden. In den anderen Ländern dürfte sich die Nachfrage aus unterschiedlichen Gründen etwa entlang der Vorausschätzung des Durchschnitts — ggf. mit geringfügigen Abweichungen nach unten — entwickeln.

Die Vorausschätzung gründet sich auf folgende Annahmen einer vereinfachten Modellrechnung, die bereits in den früheren Berufsbildungsberichten verwendet wurde:

a) Die Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze im ersten Ausbildungsjahr wird mit 523 700 angenommen. Dies entspricht 64% (Vorjahr 63%, 1980 66%) der erwarteten Zahl von 818 000 Schulabgängern der Mittelstufe (Sekundarbereich I) des Jahres 1982. Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Übergangsquote ergibt sich insbesondere aus der Sonderentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die dort nunmehr abgeschlossene Einführung des 10. Pflichtschuljahres ergab für 1981 einen ungewöhnlich hohen Rückgang der Bewerberzahl für Ausbildungsplätze im ersten Ausbildungsjahr. 1982 ist demgegenüber wieder mit einem wachsenden Anteil dieser Bewerber zu rechnen.

b) Immer mehr Jugendliche schließen nach dem Besuch beruflicher Vollzeitschulen einen Ausbildungsvertrag mit verkürzter Ausbildungszeit ab. 1982 dürfte mit einem weiteren Zuwachs dieser Nachfrage mit Zeitverzug zu rechnen sein. Bei einem Anteil von 13% (Vorjahr: 12%) der 797 000 Schulabgänger aus der Mittelstufe (Sekundarbereich I) des Jahres 1981 wird die Zahl dieser Jugendlichen mit rund 103 600 angenommen.

c) Der Anteil der Schüler mit Hochschulberechtigung, die eine Berufsausbildung im dualen System aufnehmen, dürfte etwa gleich bleiben. Er wird wie im Vorjahr mit 12% angenommen. Bei insgesamt 256 000 Hochschulberechtigten ergibt sich daraus eine Nachfrage nach einer Berufsausbildung mit verkürzter Ausbildungszeit von rund 30 700.

Insgesamt ergibt sich damit für 1982 eine Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von 658 000. Bei dieser Vorausschätzung wird davon ausgegangen, daß eine grundlegende Umorientierung der Ausbildungswünsche der Jugendlichen zu Lasten der Ausbildung im dualen System nicht zu erwarten ist. Eine Abschwächung des Ausbildungsplatzangebotes würde allerdings dazu führen, daß auch die Nachfrage nicht die vorausgeschätzte Höhe erreicht, da die Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche frühzeitig resignieren. Dies wäre jedoch ein falsches Verhalten.

Die Arbeitgeber sind aufgerufen, entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Dezember 1980 „Aufgabe (der Berufsausbildung) nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so" zu erfüllen, „daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen".

Ein nachhaltig knappes Ausbildungsplatzangebot würde die Attraktivität der Berufsausbildung im dualen System auch langfristig schädigen. Der Ausbildungswille der Jugendlichen muß bestärkt werden. Bildungsangebote müssen verläßlich sein: Konjunkturabhängigkeit würde von den Jugendlichen — aus ihrer Sicht zu Recht — als „zufällig" empfunden.

Ergebnis der Beratung der Bundesregierung zum Berufsbildungsbericht 1982 in der Kabinettsitzung am 1. März 1982

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat den Berufsbildungsbericht 1982 vorgelegt. Die Bundesregierung stellt fest:

1.

Die Ausbildungsplatzbilanz des Jahres 1981 hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert. 1981 wurden 627 000 Ausbildungsplätze nachgefragt, 643 000 wurden angeboten. Damit lag das Angebot global nur noch 2,4 % über der Nachfrage. 1980 gab es noch einen Überhang von 4,1 %. Vor allem im Ausbildungsbereich von Industrie und Handel wie auch im Handwerk ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zurück.

Dieser Trendeinbruch des Jahres 1981 darf nicht zum Trend des Jahres 1982 werden.

2.

Noch stärker, als dies in der Gesamtbilanz deutlich wird, haben sich die regionalen Ungleichgewichte im Jahre 1981 verschärft. Die Zahl der Länder, in denen das Angebot unter der Nachfrage lag, ist von 3 im Jahre 1980 auf 6 im Jahre 1981 angestiegen (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Berlin). Von den insgesamt 142 Arbeitsamtsbezirken ist 1981 in 109 das Verhältnis von Angebot zu Nachfrage schlechter ausgefallen als 1980.

Die Zahl der Arbeitsamtsbezirke, in denen das Angebot unter der Nachfrage lag, hat sich von 20 im Jahre 1980 auf 45 im Jahre 1981 mehr als verdoppelt.

In allen Regionen sind verstärkte Anstrengungen notwendig, damit eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen bereitgestellt wird. Die regionalen Ungleichheiten müssen abgebaut werden, um allen Jugendlichen vergleichbare Ausbildungschancen zu geben.

3.

Die Zahl der Jugendlichen, die betriebliche Ausbildungsplätze in Betrieben und Verwaltungen suchen, wird 1982 deutlich ansteigen.

Der Berufsbildungsbericht 1982 weist aus, daß voraussichtlich rund 660 000 Jugendliche 1982 einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen werden. Das sind über 30 000 Jugendliche mehr als im Vorjahr. Die Nachfrage wird damit etwa das hohe Niveau des Jahres 1980 erreichen.

Alle Betriebe in Wirtschaft und Verwaltung müssen deshalb ihr Ausbildungsplatzangebot erheblich aufstocken, um allen Jugendlichen qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen.

4.

In Teilbereichen beruflicher Ausbildung haben sich die Ausbildungsmöglichkeiten junger Frauen geringfügig verbessert. Insgesamt aber hatten sie auch im Jahre 1981 immer noch schlechtere Chancen als die Jungen. Der Anteil junger Frauen unter den Bewerbern, die 1981 ohne Ausbildungsplatz blieben, ist überproportional hoch. Die Zahl betrieblicher Ausbildungsangebote in gewerblich-technischen oder in den qualifizierten kaufmännisch-verwaltenden Berufen ist für junge Frauen nach wie vor unzureichend.

In der Berufsausbildung im Handwerk und in der Landwirtschaft bleibt der Anteil junger Frauen gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen zurück.

Eine Steigerung der Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze in diesem Jahr ist auch deshalb notwendig, damit mehr Frauen in der Zukunft sichere und qualifiziertere Arbeit erhalten können.

5.

Nach wie vor befinden sich zu wenig ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung, trotz einer Zunahme der Zahl der ausländischen Auszubildenden um rund 20 % gegenüber 1980.

Sprachschwierigkeiten, fehlende Schulabschlüsse, mangelnde Informationen und knapper gewordene betriebliche Ausbildungsplatzangebote sind vor allem die Ursachen für ihre schlechten Ausbildungschancen.

Die Bundesregierung wird deshalb ihre Maßnahmen und Programme zum Abbau der bei vielen ausländischen Jugendlichen liegenden Defizite fortsetzen. Sie erwartet von den Betrieben und Verwaltungen verstärkte Ausbildungsangebote für die ausländischen Jungen und Mädchen.

6.

Mit Inkrafttreten des Berufsbildungsförderungsgesetzes ist die gesetzliche Grundlage für eine Planung und Mitwirkung der an der beruflichen Bildung Beteiligten wiederhergestellt. Dadurch können die quantitative Entwicklung rechtzeitig erkannt und beeinflußt sowie die jeweils notwendigen Qualitätsverbesserungen in Betrieb und Schule angeregt werden.

7.

Die Ausbildungsprobleme in diesem Jahr sind nur dann zu lösen, wenn alle Betriebe und Verwaltungen sich ihrer Verantwortung bewußt sind und vermehrt Ausbildungsplätze anbieten.

Die Bundesregierung fordert deshalb alle an der beruflichen Bildung Beteiligten zu einer Ausbildungsinitiative auf.

Eine solide Ausbildung bedeutet für die Jugendlichen die Grundlage für Berufserfolg und ist damit zugleich wesentliche Basis ihrer Zukunftshoffnungen. Die Gesellschaft droht Schaden zu nehmen, wenn junge Menschen dadurch enttäuscht werden, daß sie keinen Ausbildungsplatz finden. Die Wirtschaft muß erkennen, daß Ausbildungsinvestitionen langfristig wirkende Ausgaben sind und deshalb nicht unmittelbar von der Konjunktur abhängig gemacht werden dürfen. Insbesondere zur Sicherung des benötigten Facharbeiternachwuchses sind zusätzliche Ausbildungsanstrengungen notwendig.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Appelle der Spitzenorganisationen in ausbildungsplatzerweiternde Entscheidungen der Betriebe und Verwaltungen umgesetzt werden. Sie hält eine stärkere Ausbildungsbereitschaft für geboten; dort, wo sie noch nicht vorhanden ist, muß sie geweckt werden.

Die Arbeitsämter sind aufgefordert, durch weitere Ansprache der Betriebe zu einem größeren Ausbildungsangebot beizutragen.

Die Bundesregierung appelliert an die Jugendlichen und ihre Eltern, sich weiterhin um eine qualifizierte Ausbildung zu bemühen. Die Schulen sind aufgerufen, dazu beizutragen, die Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsmotivation der Jungen und Mädchen zu stärken.

Die Ausbildung von Jugendlichen, die in ihren Ausbildungschancen beeinträchtigt sind, bedarf verstärkter Aufmerksamkeit. Private und öffentliche Arbeitgeber müssen die Ausbildung dieser Jugendlichen als Aufgabe von hohem sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gewicht begreifen.

8.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die vorhandenen und erkennbaren Ausbildungsprobleme durch verantwortungsbewußtes Handeln der Betriebe und Verwaltungen gemeistert werden können.

Die Bundesregierung leistet mit dem beschäftigungspolitischen Programm auch einen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit durch mehr und bessere Ausbildung. Für den vorgesehenen beschleunigten Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten, für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher sowie bildungs- und ausbildungsbegleitende Hilfen für arbeitslose Jugendliche werden insgesamt von 1982 bis 1985 zusätzlich 400 Mio. DM bereitgestellt.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung bei den Ausbildungsstellen weiterhin mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und auf die Verantwortlichen einwirken. Wenn sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen weiter verschlechtern und der Anspruch der Jugend auf qualifizierte Berufsausbildung nicht mehr gesichert sein sollte, wird sie gegebenenfalls über den jetzt gesteckten Rahmen hinaus situationsgerecht handeln.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838